

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1915

536 (18.11.1915) Abend-Ausgabe

Badischer Beobachter

Fernsprecher 535

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei

Postfach:
Karlsruhe 4814

Ercheint an allen Wochentagen in zwei Ausgaben — Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich M. 2.90. Von der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Auswärts (Deutschland) Bezugspreis durch die Post M. 3.35 vierteljährlich ohne Bestellgeld, bei Vorauszahlung. Bestellungen in Österreich-Ungarn, Bulgarien, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postämtern. Uebrigens Ausland (Welpostverein) M. 9.50 vierteljährlich durch die Geschäftsstelle. Bestellungen jederzeit, Abbestellungen nur auf Vierteljahrsfrist.

Beilagen:
Zu einmal wöchentlich: das illustrierte achteitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“
das vierteljährliche Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“
Wandkalender, Taschenfahrpläne usw.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige kleine Zeile oder deren Raum 25 Pf., Restraum 60 Pf., Platz, Kleines und Stellen-Anzeigen 15 Pf., Platz-Vorkauf mit 20% Aufschlag. Bei Wiederholung entsprechende Anzahl nach Tarif.
Bei Nichterhaltung des Zieles, Anzeigerhebung, zwangsweiser Beileidung und Konkursverfahren ist der Rücklag hinfällig. Beilagen nach besonderer Vereinbarung.
Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Bermittlungsstellen entgegen.
Schluß der Anzeigen-Aannahme: Täglich vormittags 8 Uhr, bezw. nachmittags 3 Uhr.
Redaktion und Geschäftsstelle: Alsterstraße 42, Karlsruhe.

Notationsdruck und Verlag der „Sadenia“, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe Albert Hofmann, Direktor

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: E. Meyer; für Ausland, Nachrichten, Handelsteil und den allgemeinen Teil: Franz Wahl
Erscheinenszeiten: von halb 12 bis 1 Uhr mittags

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Franz Pfeiffer in Karlsruhe

Vom Krieg

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 18. November. (W.L.B. amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Die Engländer versuchten gestern früh einen Handstreich gegen unsere Stellung an der Straße Mesines-Armentières; sie wurden abgewiesen. In den Argonnen wurde die Absicht einer französischen Sprengung erkannt und der bedrohte Graben rechtzeitig geräumt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Balkanriegsschauplatz.
Die verbündeten Armeen haben in der Verfolgung die allgemeine Linie Javor, nördlich Naska-Kursumlija, Radan-Druglica erreicht. Unsere Truppen fanden Kursumlija von den Serben verlassen und ausgeplündert vor. Es wurden mehrere hundert Gefangene und einige Geschütze eingebracht.

Oberste Seeresleitung.

Der Krieg zur See.

„Magere Zugsfährnisse“.

Newyork, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Die englandfreundliche Newyork Tribune klagt entsetzt über die mageren Zugsfährnisse, die England dem amerikanischen Einfuhrhandel gemacht habe. Wie dem Blatt aus Washington gemeldet wird, hat England nur die Verfrachtung von Gütern aus Deutschland und Österreich-Ungarn im Werte von 12 Millionen Dollar, statt von 500 Millionen Dollar, wie ursprünglich gehofft worden sei, gestattet. Aber selbst der Verfrachtung dieser Güter lege England jede erdenkliche Schwierigkeit in den Weg.

London, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Daily Mail meldet: Die Newyork Tribune greift die Politik Wilsons heftig an. Das Blatt nennt die letzten Monate die schändlichsten und demütigendsten in der amerikanischen Geschichte. Der „Ancona“-Fall werfe den ganzen Lou von Wilsons diplomatischem Sieg über den Haufen. — Daily Mail bemerkt dazu, man dürfe sich durch solche Angriffe nicht irre leiten lassen. Höchstens einer unter 500 Amerikanern denke so. Wilson habe die überwiegende Mehrheit seiner Landsleute hinter sich und verkörpere die Stimmung der Amerikaner, die mehr gegen einen Krieg als deutschfeindlich und mehr für den Frieden als für die Alliierten seien.

Malmö, 17. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Das Rosenbüro teilt mit: Das Ruchtfen von Stanoew ist bis auf weiteres ausgesetzt. Der Schlamm des äußeren westlichen Leuchtturms von Malmö erhält dauernd grünes Licht. Die sämtlichen übrigen Lichter sind abgeblendet.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Dumm geboren und nichts hinzu gelernt.
Wir lesen in den Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland:
Die Engländer sind wirklich polizeiwidrig dumm. Der Gouverneur von Bombay hat in einer Ansprache an die indischen Studenten gesagt, Deutschland habe den Sonnenkönig Attila und den Monarchen Kaiser Amerlan — der Millionen Löwen ließ und halb Wien und Europa verwißelte — in den Schatten gestellt und bewies dadurch, daß neben einer anerkannt hohen Bildung und einem vorzüglichen Erziehungssystem doch eine völlige Vernachlässigung und Zerstörung des Besten und Besseren im Menschen einhergehen könne.
Noch dümmere ist der Bischof von Madras, der aber kein Katholik ist, sondern der englischen Staatskirche angehört. Er sagte: „Wir glauben aufrichtig, daß wir in Deutschland eine große antichristliche Weltmacht vor uns haben und daß ein Sieg Deutschlands gleichbedeutend wäre mit der Austilgung jener sittlichen Grundtöne, auf denen die moderne Zivilisation ruht.“

Und das sind nun 2 vornehme Männer, denen alle Möglichkeiten der Bildung zur Verfügung stehen. Wie unwillig muß erst der Durchschnitts-Engländer sein! Und diesen Leuten war die Welt auszufliert! Sie halten sich für ein von Gott auserwähltes Volk, das innerhalb der Menschheit eine Stufe für sich einnimmt, und betrachten die Angehörigen anderer Völker, die ihnen nicht gehören wollen, überhaupt nicht als fähig gleichberechtigter Menschen, sondern schiefen sie nieder wie schädliche Tiere.

So erklärt sich auch die schreckliche Morde an der deutschen Unterseebootmannschaft nicht allein aus der Rohheit der Wölfe, sondern aus der allen Engländern gemeinsamen Unwissenheit, die nur durch Priegel angetrieben werden kann.

Ein „gläubiger“ Franzose.

Es ist unterhaltsam, gegnerische Blätter, die einige Monate alt sind, noch einmal nachzulesen. Man findet da allerlei Prophezeiungen, die zu den inzwischen eingetretenen Ereignissen im drolligsten Gegensatz stehen. So schrieb, woran die Gazette des Ardennes erinnert, der Sozialist Gustave Hervé, der oft genannte ehemalige Antimilitarist und jetzige eifrige Chauvinist, in seiner Guerre Sociale am 14. Juni d. J.:

„Ich wette alles, was Sie wollen, daß die Russen vor Ablauf von drei Monaten in Budapest oder in Wien sein werden... Lassen Sie die Bulgaren ihre Grenze Anfang Juli eingedrückt haben; um diese Zeit, möchte ich, müssen ihre Vorkämpfer eingekesselt haben, daß Wien nicht recht hat und daß es in Bulgariens Interesse liegt, sich dem Viererbande anzuschließen. Und wenn der bulgarische Stachel herausgezogen ist, tritt die rumänische Armee sofort an und in 14 Tagen fällt Konstantinopel, dessen Fall das größte militärische Ereignis des Krieges seit der Varneschlacht sein wird... Nun wohl, ja, ich glaube weiter daran, daß wir keinen Winterfeldzug mehr brauchen werden.“

Das war Mitte Juni. Die drei Monate sind herum und in England wächst man sich gegenseitig die Köpfe wegen der auf dem Balkan gemachten Dummheiten. Uebrigens mit solchen französischen Prophezeiungen, die nach ein paar Wochen zum alten Eisen geworden wären, könnte man ein ganzes Buch füllen. Selbst Notre gehört zu diesen „großen“ Propheten und über dem Kanal auch Churchill, den man dort jetzt freilich als falschen Propheten erkannt hat und nach Frankreich schickt, wo diese Leute zu Hause sind.

Der französische amtliche Bericht.

Paris, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr: Bei Loos, Angres und Souchez sehr heftiges gegenseitiges Geschützfeuer. Wir richteten gegen den Wald südlich Fay (südwestlich Veronne) ein konzentriertes Feuer, dessen Wirkungteil festgestellt wurde. In der Champagne bei dem Nebarin-Gebirge und weiter höher dauerte der Artillerie-Kampf ungeschwächt fort. In den Argonnen drängen zwei neue Linien auf, die die deutschen Schützen gräben in einer geschicklichen Ausdehnung gesichert.

Weltliche Ereignisse. Es herrscht fast vollständige Stille an der Front. — Orientarmee. Am Laufe des 15. November haben die Bulgaren einen weiteren Angriff gegen unsere Front am linken Cerna-Alfer unternommen. Westlich Kriwoke zogen sie sich auf die Höhen von Arlang, nördlich des Dorfes Cicovo, zurück und ließen zahlreiche tote an Plaze. In drei Kampftagen haben die Bulgaren 4000 Mann verloren. Unsere Verluste sind gering. Westlich Naprovo besaßen wir eine feindliche Kavalleriekolonne, die auf dem Wege nach der bulgarischen Stadt Strumitsa, in der Nähe des gleichnamigen Flusses war.

Die Verwendung ersickernder Gase.

Paris, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Der Seereschuss des Senates nahm unter dem Vorsitz Clemenceaus einstimmig eine Tagesordnung an, die entschieden dafür eintritt, daß die französischen Truppen ohne Einschränkung ersickernde Gase anwenden.

Eine traurige „Selbin“.

London, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Daily Mail veröffentlicht das Bild eines 17-jährigen französischen Mädchens, „Der Selbin von Loos“, die bei Loos fünf Deutsche tötete.

Berlin, 18. November. Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Kopenhagen verbot die englische Zensur die Aufführung eines Schauspiels von Bernhard Shaw, das in Dublin aufgeführt werden sollte, weil es angeblich die englische Rekrutierung verpötte.

London, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Die letzte Verurteilung enthält die Namen von 24 Offizieren und 855 Mann.

* Die Dinge in Luxemburg

find in den letzten Jahren vor dem Krieg öfters erörtert worden. Dabei kam stets zum Ausdruck, daß die Partei- und Weltanschauungsgegenstände in dem kleinen Staat, der etwa die Einwohnerzahl Hannheims aufweist, außerordentlich scharf seien. Die zartesten religiösen Fragen wurden, wie man sich häufig überzeugen konnte, von liberal-freidenkerischen Blättern Luxemburgs oft mit einem Zynismus behandelt, die jedes religiöse Gemüt empören mußte. Keiner verstand es die liberale Regierung des Landes, die seit dem Jahre 1856 zuammen mit einer liberalen, später liberal-sozialistischen Mehrheit das Regiment führte, nicht, in wahrhaft staatsmännlichem Sinn tätig zu sein. Sie war vielmehr eine ausgesprochene Parteiregierung, der das Parteiprogramm mehr am Herzen lag, als die friedliche Entwicklung des Landes. Kein Wunder, wenn fortwährend die schärfsten innerpolitischen Kämpfe den kleinen Staatskörper durchtoben, und das bekannte Geschehen von kleinlichsten Parteifraktionen mit sich führten. Die Freimaurerei spielte auch hier, wie vielfach andersorts eine unheilvolle Rolle. Und auch hier konnte man, wie in anderen Staaten die Erfahrung machen, daß im allgemeinen die christlichen Kreise mehr deutschfreundlich waren, die liberal-sozialistischen dagegen feindlicher. In der Allg. Rundschau war vor zwei Jahren etwa zu lesen, daß von dieser Erfahrung auch dem Großherzog von Baden gegenüber gesprochen worden sei, als er einmal seine Verwandte, die Großherzogin von Luxemburg, besuchte. Die Tochter des Bruders unserer Großherzogin, besuchte.

In den letzten Jahren waren besonders zwei Ereignisse ein Schlaglicht auf die luxemburgische Politik. Einmal der Prozeß gegen den Bischof von Luxemburg wegen der scharfen Rede, die er auf dem deutschen Katholikentag in Metz gehalten hatte, sodann die Schulgesetzgebung vom Jahre 1912. Das Schulgesetz folgte französischem Muster, verbot jeden Religionsunterricht in der Schule und erlaubte ihm nur außerhalb derselben, also völlige Trennung von Kirche und Schule, obwohl die Landesfürstin wie die Mehrheit des Volkes durchaus gläubig katholisch sind und daher kein Landes- und Volks, sondern nur ein Parteinteresse zur Schaffung eines derartigen Gesetzes vorlag. Aber: je kleiner, desto radikaler und heimlicher!

Wer gedacht hatte, daß wenigstens das große Unglück dieses Weltkrieges irgendwo mäßigend auf das Parteigetriebe in Luxemburg einwirken würde, sah sich getäuscht. Dies zeigte sich, als Anfang September dieses Jahres die Stelle des Seminarleiters an der Lehrer- und Lehrerbildungsanstalt des Landes, in der sämtliche Lehrkräfte ausgebildet werden, neu besetzt werden sollte, da der bisherige Direktor, ein Geistlicher, zurückgetreten war. Die Regierung sah als Nachfolger einen Professor vor, der sich öffentlich zum Freidenkertum bekennt. Die Großherzogin, die nach der Verfassung das Recht hat, solche Stellen nach eigenem freiem Ermessen zu besetzen, hielt diese Persönlichkeit nicht für geeignet, und vertrot den Versuch, daß im Krieg nicht die Zeit sei, innerpolitische Gegenstände neu zu entfachen. Das Ministerium, vom liberal-sozialistischen Kammerblock gestützt, bestand jedoch auf der Ernennung des Freidenkers, auch nachdem der langjährige Staatsminister Eichen gestorben war und reichlich, als die Großherzogin auf ihrem verfassungsmäßigen Recht beharrte, seine Entlassung ein. Die Großherzogin nahm die Entlassung an und berief ein Geschäftsmannministerium von bewährten Männern von gläubig religiöser Richtung. Das liberale Ministerium hatte eine Koalitionsregierung abgeschlossen und wollte nur ein reines Parteiministerium. Deshalb war die Großherzogin gezwungen, von der Wiederberufung von Angehörigen des früheren Ministeriums abzusehen. Zum Staatsminister ernannte sie Rechtsanwält Hubert Loutsch, der früher einmal als katholischer Kandidat aufgetreten war. Wilhelm Coiffon, Ingenieur und Professor an der Industrie- und Handelsschule zu Luxemburg, wurde Generaldirektor für die öffentlichen Bauten, Direktor der Steuerverwaltung J. B. Sar, Generaldirektor für das Innere, Notar Edmund Weiffers in Wellingen für das Finanzwesen. Mit Ausnahme vom Staatsminister, der sich vor sieben Jahren in seiner Heimat Esch in ein Kammermandat beurlauben hatte, jedoch dem liberalen Kandidaten unterlegen war, sind die neuen Männer politisch nicht hervorgetreten.

Nun konnte man sich wohl denken, daß die neue Regierung gegenüber der parlamentarischen liberal-sozialistischen Mehrheit einen schweren Stand haben werde. Die Erwartung wurde aber fast noch übertraffen, so daß jetzt die Kammer aufgelöst ist und Neuwahlen ausgeschrieben sind. Wie das kam, soll kurz geschildert werden. In zwei Sitzungen trat das neue Ministerium mit der Kammer zusammen. Eingehend auf die Wünsche der Ministerkrisis gab der neue Staatsminister folgende Erklärung ab:

Nach Artikel 25 der Verfassung hat die Herrscherin das Recht, die Ernennung zu Zivil- und Militärämtern vorzunehmen. Diese Bestimmung ist für die Beamten aller Stufen eine sichere Gewähr gegen die Ungerechtigkeit oder die Genußsucht der politischen Parteien, sowie der Regierung, die mit denselben nicht zu verhandeln. Das liberale Ministerium hatte der Großherzogin eine Ernennung vorgeschlagen, welche die nicht betätigten zu können glaubte. In ihrem Entschluß ließ sich die Herrscherin nicht von persönlichen Rücksichten, sondern einzig und allein von dem Gedanken an das Wohl des Vaterlandes leiten. Unter den gegenwärtigen Umständen wollte die Landesfürstin verhindern, daß der Keim der Zwietracht unter ihr Volk ausgebreitet würde. Sie wollte nicht von neuem die politischen Leidenschaften entfesseln, die in der jüngsten Vergangenheit die Parteien bis zum höchsten Grade des Unerföhrlichen gegenseitigen Hasses gebracht hatten. Ihr Wunsch war, jede endgültige Entscheidung aufzuschieben, bis zu dem Zeitpunkt, wo auch bei uns ruhigere Zeiten kommen werden. Die Herrscherin wäre auch bereit gewesen, sich einverstanden zu erklären mit jedweder Ernennung, die keine der bestehenden politischen Parteien verletzt hätte.

Auf diese so verständlichen Vorschläge, die Zeugnis ablegen von der hohen Auffassung, die unsere Fürstin von ihren vaterländischen Aufgaben hat, glaubte das Ministerium mit einem Ultimatum und seinem Rücktritt antworten zu müssen. Daraufhin machte die Landesfürstin einen letzten und äußersten Versuch, die Einigkeit aller Luxemburger zu erzielen auf der Grundlage eines Programms, das alle unsere nationalen Bestrebungen, die Verteidigung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Heimatbodens, das soziale Solidaritätsgefühl und die wirtschaftliche Fürsorge in weitestem und großzügigstem Sinne umfassen sollte.

Aber wie groß und wie schmerzhaft war die Enttäuschung der Fürstin, als sie erfahren mußte, daß ihre Absichten gerade von jenen nicht verstanden wurden, auf deren Einigkeit und patriotische Bestimmung sie ihre stärksten Hoffnungen gestellt hatte. Weit entfernt davon, auf eine verständliche Lösung einzugehen, bestanden die Führer der herrschenden politischen Parteien, die die Stütze des vorigen Ministeriums waren, auf der Bildung einer ausschließlichen Parteiregierung.

So mußte es zum Bruch kommen, da die Großherzogin auf ihr Recht in einer so wichtigen Angelegenheit nicht verzichten wollte. Die Regierungserklärung wurde in der Kammer von den Vertretern des liberal-sozialistischen Blocks in einer Weise bekämpft, wie sie wohl nur unter so kleinen Verhältnissen, die etwa mit einem Bürgeranschlag zu vergleichen sind, verständlich ist. Man gemisse z. B. folgende Apoptrophierung des neuen Ministeriums durch den liberalen Abg. Dr. Brauer:

„Und, meine Herren, was ist seine Politik, und ein Ministerium von vier liberalen Parteipolitikern hierher zu schicken, um der Kammermajorität zu trotzen? (Wenig sehr gut auf vielen Bänken.)“

Der eine von ihnen, der sich Staatsminister und Präsident der Regierung nennt, hat eine politische Vergangenheit — kurz, aber bezeichnend.

Vor ungefähr 7 Jahren war er Kandidat für die Kammerwahlen für den Kanton Esch. Er stand mit einem liberalen Programm auf einer öffentlichen liberalen Liste, und dieser Mann tritt jetzt vor uns mit der Behauptung: Wir sind keine politische Regierung, wir werden auf lokale Bedürfnisse die Geschäfte des Landes erledigen.“ (Gelächter.)

Die drei anderen sind ebenfalls echte Repräsentanten der streitenden Kirche, ich weiß nicht, ob sie sich gebildet haben, sie stellen sich vor als unschuldige farblose Leute und empfehlen sich unserem Wohlwollen.

Dr. Staatsminister Loutsch: Nein, nein, niemals! (Lärm, Gelächter, Tumult.)

Dr. Müller: Dieser Komödiant! (Längere Unterbrechung.)

Herr Müller ist ein jüngerer Herr, der infolge der Tatsache, daß sein Vater ein reicher Grubenbesitzer war, Parlamentarier wurde. Er nahm für sich das Recht in Anspruch, jedes parlamentarisch gestiftete Verhalten zu mißachten, wie folgender Ausruf aus der zweiten Sitzung der Kammer beweist:

Staatsminister Loutsch: Gestern und heute aufs Neue hat man den verschiedenen Regierungsmitgliedern Schwänze und schwere beleidigende Beschimpfungen an den Kopf geschleudert. So habe ich Herrn Müller sagen hören, wir seien Komödianten.

Dr. Müller: Unanzen. (Wenig Unterbrechung.)

Dr. Staatsminister Loutsch: Ich frage mich gerade, welches die Verdienste des Herrn Müller sind, um hier sitzen zu dürfen, wie sein Väterchen. Das einzige Verdienst des Herrn Müller ist das seiner Geburt. Ein anderes hat er nicht. Und dieses Verdienst ist das, daß durch den Schwanz und das Blut der Arbeiter verdienten Geldes.

Dr. Ales: Sehr gut! (Lärm, Schreien, Tumult, Pfeifen in dem Saale und in den Tribünen.) — In diesem Augenblick stürzt sich Herr Müller von hinten auf Herrn Loutsch und ohrfeigt ihn.

Dr. Brauer: Dahin führen Ihre schmählichen Aufreizungen.

Dr. Meyens: Diese Aufreizungen gehen von Ihrer Seite aus.

Dr. Baum: Und das Büro verläßt nicht einmal, einzuweichen.

Dr. Welter: Was für ein Staatsminister, was für ein gemeiner Kerl.

So erniedrigte sich die Mehrheit im Parlament! Werkwürdigerweise hob darauf der Präsident der Kammer die Sitzung auf.

mit der Begründung (H. Frey, Stg.), „nachdem einem Mitglied des Hauses (Müller) eine solche Beleidigung zugesagt worden sei, könne er dem Staatsminister das Wort nicht mehr erteilen“. Nach dem geschichtlichen Vorgang lediglich ein Beweis dafür, daß auch der Präsident der Kammer sein Amt nur nach Parteirücksichten führte, sonst hätte er die Aufhebung der Sitzung nicht lediglich damit begründet, daß der Minister ein Mitglied des Hauses, das sich unwürdig benahm, beleidigt habe.

Auf diesen Aufruf hin, der eine gedeihliche Führung der parlamentarischen Arbeit als unmöglich erscheinen ließ, verfügte die Großherzogin die Auflösung der Kammer. Nun werden Neuwahlen zu entscheiden haben. Um Wähler zu sein, muß man in Ruzenburg, wo direkte Wahl besteht, 26 Jahre alt sein, bürgerliche und politische Rechte haben, im Staat wohnen und an direkten Steuern mindestens den Betrag von 15 Mark entrichten. Insbesondere letztere Bestimmung schränkt das Wahlrecht in erheblicher Weise ein. Bereits schreiben radikale Blätter, die Wahlen hätten für und gegen die Großherzogin zu entscheiden! Da ist die Parteienjucht der allein ausschlaggebende Gesichtspunkt.

Der Krieg mit Italien.

Ein Luftkampf über Brescia.

Berlin, 16. November. Bei der Beschließung von Brescia wurden insgesamt 8 Personen getötet und 10 verwundet; alle durch die Bomben eines einzigen Flugzeuges, da es den italienischen Fliegern gelang, 3 andere Flugzeuge fernzujagen. Der Luftkampf dauerte über eine Stunde. Die Flugzeuge waren, nach einem Telegramm des V. L. aus Lugano, sehr groß, gepanzert und von einem bisher unbekanntem Typ. Die Zahl der Opfer des Fliegerangriffs auf Verona erhöht sich auf 37 Tote und 48 Verwundete.

Hilfsierte Sozialisten.

Hamburg, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Dem Fremdenblatt wird aus Stockholm gedruckt: Der Redakteur der schwedischen sozialdemokratischen Zeitung Arbeiter, der Reichstagsabgeordnete Dr. Gunnar Lönnegren, der kürzlich Italien besuchte, schildert folgende Szenen aus Florenz: Bei meiner Ankunft im Bahnhof war dieser von einer neugierigen und schaulustigen Volksmasse überfüllt und auf meine Frage, warum so viel Volk zusammengekömmt sei, erklärte man mich auf, daß man gekommen sei, um die Sozialisten, die Hilfsiert werden sollten, zu sehen. In Gruppen von je 20 Mann zogen die Beurteilten unter harter Bedeckung vorüber. Sie hatten noch immer ihre Uniformen an. Man sah unter dem grau gefärbten Landmilitär auch eine Gruppe in blauen Seemannsjacken. Es waren ungefähr 200, die sich aus Überzeugung und daß gegen den Krieg geneigert hätten, dem Befehl zu gehorchen und gegen den Feind zu ziehen. Sie waren jetzt vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und sollten nach Arezzo geführt werden, um erschossen zu werden. Die meisten verhielten eine freimütige Haltung zu bewahren und der eine oder andere zeigte sogar Ermutigung. Wie Vieh wurden sie in die Wagen, die für sie bereit standen und die vor den Fenstern eiserner Gitter hatten, hineingetrieben. Die Russen schienen im allgemeinen wenig Mitleid zu haben, aber für den Fremdling, der aus Zufall ein unfreiwilliger Zuschauer dieses Anstalt geworden war, war er ein lauter, kräftig sprechender Beweis gegen das Gerücht von dem Kriegsenthusiasmus in Italien.

Hochschulen.

Manheim, 17. Nov. Ehrenhalber wurde die Würde eines Doktor-Ingenieurs von der Technischen Hochschule in Darmstadt Geh. Kommerzienrat Dr. Adolf Klemm in Manheim zuerkannt, anlässlich seines hundertsten Geburtstages in Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit für die Förderung der chemischen Großindustrie, insbesondere für die Entwicklung des Schwefelsäure-Kontakverfahrens.

Kleines Feuilleton.

Frankreich und das Geheimnis von La Salette. Daß die Franzosen alles wider Deutschland vom katholischen Standpunkt aus auszuflachten bemüht sind, ist man naderhande gewohnt. Die Okkupation Belgiens, das deutsch-türkische Zusammengehen, alles wird dazu verwendet. Als ob ein frommer Moslim nicht zehnmal mehr Religion im Leibe hätte, wie die Vertreter der Mächte, gegen welche Deutschland zu kämpfen gezwungen ist! Nun haben sich sogar französische Bischöfe ins Zeug gelegt und predigen — von Süden her, wo es freilich weniger gefährlich — einen neuen Kreuzzug wider Deutschland. Der Kardinal-Erzbischof von Bordeaux und der Bischof von Nizza genießen diese Ehre. Man sollte diese Herren und das gesamte katholische Frankreich an jene geheimnisvolle Prophezeiung von La Salette erinnern. Sie könnten vielleicht in einen Spiegel schauen. La Salette, ein von den Franzosen viel besuchter Wallfahrtsort bei Grenoble. Dort hatten im Jahre 1846 zwei Hirtenkinder eine Erscheinung der Mutter Gottes, welche deren Heimatlande großes Mißgeschick ankündigte, das sich buchstäblich erfüllte. Sie gab aber jedem der Kinder noch eine besondere und geheime Prophezeiung, von der bisher nur der Papst Kenntnis hat. Die Prophezeiung, welche Melanie Mathieu erhalten und die am 18. Juli 1851 dem Papste Pius IX. mitgeteilt wurde, muß sich auf Frankreichs Schicksal bezogen haben. Der Papst rief, da er den gesegneten Brief eröffnet und gelesen hatte, tief bewegt aus: „Das sind Geheime für Frankreich, aber es ist nicht allein schuldig; auch andere Länder verdienen die nämliche Büchtiung. Von offener Gottlosigkeit habe ich weniger zu fürchten, als von Gleichgültigkeit und Menschenfurcht.“ Das Geheimnis muß wenig Geheimnisvolles über Frankreich enthalten. Sonst wäre es wohl längst gelüftet.

Vom Balkan.

Mitteilungs.

Unter dieser Überschrift schreibt die Wiener Reichspost vom 15. November u. a.:

Gottes Mühlen mahlen. Oberleutnant Ribicovic, einer der Hauptlinge der Belgrader Verschwörungen und Urheber des Verbrechens von Sarajewo, hat unter den Sünden seiner eigenen Soldaten, in einer Meuterei niedergeschlagen, wie ein wildes Tier, geendet. In den Wäldern des Zastrebac haben ihn die Verzweifelten, da sie ihr eigenes Unglück und das schreckliche Schicksal ihres Landes vor Augen sahen, getötet. Sie mußten wohl, daß an den Händen des Milan Ribicovic das Blut der Gemordeten von Sarajewo floss, das nun über sie und ihre Kinder gekommen ist in den Flammen des Krieges, in den tosenden Ungeheuern der Schlachten, in denen jetzt der eitle Wahndog der Verbrecher von Sarajewo zusammenbricht wie Glas. Die Verblendung ist zu Ende, der furchtbare Tag des Strafgerichtes für das misleitete Land ist da und diejenigen, die Aufruhr und Empörung fütten, sind nun selbst durch die Nordweste von Empörern bedroht — einen von ihnen hat sie bereits erreicht. Nicht auf dem Felde der Ehre, wie ein ordentlicher Soldat, nicht im Kampfe gegen den Feind des Vaterlandes war es Milan Ribicovic vergönnt zu sterben — nachlos wie sein Leben, war das Ende. Nicht Stegessafaren — die Glücke und Verwünschungen seiner eigenen Soldaten waren der Abschied, den ihm das Leben gab.

Milan Ribicovic gehörte mit dem jetzigen General Bozo Janovic, dem Direktor der Belgrader Staatsdruckerei Jivojin Dacic, den gewesenen Ministern Jbuda Jovanovic, Davidovic und Sulovic und dem Major Boja Tanfocic zu den Gründern der berüchtigten „Maroda Odrana“, jener Belgrader Verchwörung, die schon vor der Annexion Bosnien-Herzegowinas und dann nach dieser den Aufruhr und Verrat in den südöstlichen Ländergebieten der Monarchie aufzuwecken suchte. Milan Ribicovic war einer der außerlesenen Männer des Königs Peter. Auf dieses Mannes und seiner Freunde Nachschaffen baute der Sturzgeorgie seine verwegene Politik gegen das Habsburgerreich auf. Das Ende des Milan Ribicovic, der von Serben erschlagen wurde, denen mit dem jähren Erwachen zur Erkenntnis der Wahrheit die Wit der Verzweiflung kam, schritt aus den finsternen Wäldern des winterrlichen serbischen Hochgebirges wie eine schreckhafte Drohung zu den Ohren des flüchtigen Königs. Einen hat die Strafe seiner Verbrecher schon erreicht. Und die Mühlen Gottes mahlen schrecklich sein...

Königin Natalie von Serbien.

Der Figaro schreibt: In Mentone sieht man täglich eine alte Dame nachmittags ihren Spaziergang am Strande machen. Ihre schwarze Trauerkleidung ist nicht besonders auffallend, aber ihre stolze aufrechte Gestalt lenkt zugleich die Blicke aller Leute auf sie, die sie noch nicht kennen. Bemerkenswert ist ihr stolzer und elastischer Gang. Diese Dame ist in Mentone wohlbekannt und auch in Paris sieht man sie nicht selten. Es ist Natalie, die frühere Königin von Serbien, die Gemahlin des verstorbenen Königs Milan, die Mutter des so grausam ermordeten Königs Alexander Obrenowitsch. Das traurige Schicksal Serbiens hat die Ex-Königin tief gebeugt. Sie hat fast jeden Verkehr aufgegeben und spricht mit niemandem als mit ihrer Gesellschafterin, die schon Jahre lang in ihrem Dienst steht. Täglich macht sie zur bestimmten Stunde ihren Spaziergang und hält sich sonst in ihrer Villa verborgen, zu welcher niemandem der Zutritt gestattet ist.

Der Krieg im Orient.

Eine leichtfertige Anlage.

London, 17. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Unterhaus. — Neuer. Bei der Erörterung der armenischen Maffakres sagte Lord Roberts Cecil (Sohn des Lord Salisbury), es gebe in der Weltgeschichte kein schrecklicheres Verbrechen. Die Maffakres seien ganz ohne Grund erfolgt. Die Behauptung, daß britische Agenten die Armenier zur Empörung aufschächelten, sei völlig falsch. Der größte Schatz der Armenier würde ein britischer Sieg sein. In diesem Krieg müßten alle Hilfsquellen verwendet und die Feinde gezwungen werden, unsere Friedensbedingungen anzunehmen. Deutschland allein sei im Stande, den Maffakres Einhalt zu tun. Seine mittelbare Mittelschuld sei jedoch zweifellos festgestellt. Das Glaubensbekenntnis des deutschen Militarismus führe logischerweise zu solchen Verbrechen, weil er den Staat an die Stelle setze, die bei den anderen Völkern von der Religion und der Moral eingenommen werde. Es gebe keine Grenze für die Degradierung eines Volkes, das einen solchen Glauben annehme. England würde eine derartige Lehre niemals annehmen. Lord Cecil schloß: Wir stimmen mit Edith Cavells letzten Worten überein: „Patriotismus allein genügt nicht!“ Das ist die tiefe Wahrheit, die von einer großen Patriotin gesprochen wurde. Wenn die Deutschen die Vergötterung des Staates nicht aufgeben, werden sie sogar noch tiefer sinken als jetzt. (Notiz: Lord Robert Cecil soll vor einiger Zeit die Aeußerung getan haben: „Wenn mein verstorbener Vater noch lebte, so wäre dieser Krieg nicht ausgebrochen.“ Das möchten wir auch glauben. Wenn die Leitung der englischen auswärtigen Politik in den Händen eines Staatsmannes von der Bedeutung und der Energie Lord Salisbury geruht hätte, so wäre zweifellos die russische Regierung an der frivolen Entfesselung des Weltkrieges verhindert worden. Selang das aber nicht, so hätte Lord Salisbury wenigstens England die furchtbaren Wunden erspart, die ihm der gegenwärtige Krieg geschlagen hat. Was würde der streitbare Führer der englischen Konservativen wohl sagen, wenn er die leichtfertigen, jeder tatsächlichen Verantwortung entbehrenden Anklagen gegen Deutschland und die hohlen Phrasen hören

könnte, mit denen sein Sohn im Unterhaus aufwartet hat?)

Zur Begrüßung des neuen deutschen Botschafters. Konstantinopel, 17. November. Tanin begrüßt die Ankunft des neuen deutschen Botschafters Grafen Wolff-Metternich in einem langen, sehr warm gehaltenen Artikel. Der Kaiser habe durch die Ernennung einer so hohen und erfahrenen Persönlichkeit die Wichtigkeit zum Ausdruck gebracht, die der Sendung des Nachfolgers des Freiherrn von Wangenheim beizumessen sei. Der Kaiser habe den Grafen Wolff-Metternich ausgewählt aufgrund seiner großen Verdienste in der Londoner Botschaft und seiner Erfahrung in der Orientpolitik und in Ägypten. Eine herzliche Aufnahme von türkischer Seite sei dem Grafen Wolff-Metternich sicher im Hinblick auf die glänzenden und unvergeßlichen Ereignisse, die die Herzen der Deutschen und Türken miteinander verbunden haben. Tanin hebt schließlich besonders hervor, daß Graf Wolff-Metternich aus Kairo und London die Ungeduldigen kenne, denen die Türkei vonseiten der Entente-mächte ausgehört gewesen sei. Der Artikel schließt mit den besten Wünschen im Namen des türkischen Volkes.

Deutschland.

Berlin, 18. November 1915.

Als hartnäckiger Lügner.

Der englische Minister des Auswärtigen, bezeichnet werden. Bekanntlich ist ihm in England selbst schon öftentlich der Vorwurf der Unwahrheit, also der Lüge, gemacht worden. Daß er neuerdings wieder Deutschland den Vorwurf macht, es bemühe sich um die Ermordung englischer Diplomaten in Venedig, zeigt, daß der Lügner Grey vor seiner gewissenlosen Behauptung zurückschreckt, wenn es gilt, Deutschland zu verleumdern. Die Nordd. Allg. Ztg. hat diesem englischen Verleumder übrigens die beste Antwort gegeben, indem sie darauf verwies, daß bisher nur ein Fall solcher Vermählungen bekannt geworden ist und das sei der Fall des Zren Casement, den der englische Gesandte in Norwegen mit Wissen und Willigung des Auswärtigen Amtes in London ermorden lassen wollte. Der Lügner Grey, der übrigens nicht wie die Franzosen ein hüfiger Lügner aus Leidenschaft, sondern ein kalter Lügner aus Ueberlegung ist, hat mit seiner neuesten Verleumdung Deutschland nur die Annahme nahegelegt, daß die englische Diplomatie tatsächlich auch den Dolch in der Hand des Mörders als angängige und erlaubte Waffe in Dienste des Vaterlandes betrachtet, sonst hätte er nicht so kalten Verzens Deutschlands einer Methode beschuldigt, die dem deutschen Wesen so widerspricht wie der Dolch in der Hand der Diplomatie. Aber ein Land, das dem Grundsatze „Recht oder Unrecht, es ist mein Vaterland“ eine so frivole Auslegung gibt, wie dies in England der Fall ist, darf sich allerdings vieles erlauben, was andernorts nicht anginge. Es darf auch einen Minister des Auswärtigen haben, der vor der Welt als ein Mann dasteht, der die Waffe der Lüge mit kalter Ueberlegung handhabt. Grey, der B. Lügner, ist ein Typus der englischen Staatskunst.

Ausland.

Die Frage der Wehrpflicht und der Finanzen im englischen Unterhaus.

London, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Unterhaus. Auf eine Anzahl Fragen, die wegen der Wehrpflicht gestellt wurden, antwortete Asquith schließlich: Der Dienstzwang würde nur mit Zustimmung des Parlamentes eingeführt werden. Das Haus trat sodann in Verhandlungen über die Wehrpflichtfrage ein. Whitehouse (liberal) wies auf den Widerspruch zwischen den Erklärungen Asquith und dem Communiqué des Lord Derby hin, wonach die Unterherateten zwangsweise ausgehoben würden. Das sei eine Beleidigung des Parlamentes, ein Bruch seiner Privilegien. Die jetzigen Arten der Anwerbung seien praktisch bereits ein ungezügelter Dienstzwang.

Sir Alfred Mond sprach für die Wehrpflicht. Duthwaite erklärte in einem Zwischenruf: Die Leute wollen nicht in die Armee eintreten, wollen keinen Krieg. Sherwell (liberal) sagte, Asquith habe erklärt, daß die Wehrpflicht nur mit allgemeiner Zustimmung der Nation eingeführt werden solle. Gegenwärtig bestehe nicht die entfernteste Möglichkeit einer nationalen Einstimmigkeit über den Dienstzwang in irgend welcher Form. Die Regierung müsse mit der großen Opposition der Arbeiterschaft in vielen Landesteilen rechnen. Die Opposition würde noch durch viele nicht dem Arbeiterstande angehörende verstärkt werden. Auch viele Parlamentsmitglieder hielten an ihrer alten Ueberzeugung fest. Die Regierung könnte in die Lage kommen, die Reichsverteidigungsakte gegen Abgeordnete anzuwenden.

Thomas (Arbeiterpartei) kritisierte die Erklärung Lord Derbys, ferner die Rede Churchills, die notwendig alle Erklärungen herausfordere. Die Arbeiter seien des elenden Streites zwischen Männern, die die Kriegführung leiten, überdrüssig. Thomas schloß: Ich glaube nicht, daß irgend eine Regierung die Wehrpflicht im Unterhaus durchbringen kann. (Beifall bei den Radikalen.) Es würden Neuwahlen nötig sein; aber selbst dann würde die Opposition jeden Abzug, jede Zeile des Wehrpflichtgesetzes bekämpfen. Gewisse Mitglieder des Hauses und des Kabinetts irren sich über die Stärke der im Lande gegen die Wehrpflicht herrschenden Strömung.

Donar Law betritt, daß ein Widerspruch zwischen den Erklärungen Asquith und Lord Derbys bestand. Er legte die bekannten Schwierigkeiten der Regierung dar und sagte, Asquith habe den Gedanken eines Systemwechsels in der Rekrutierung, wird

aber vielleicht zu dem Entschluß kommen, daß eine Änderung notwendig würde. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß wir unsere Finanzen so einrichten können, daß wir den Krieg unbegrenzt fortführen können. Der einzige Weg ist, die finanziellen Hilfsmittel in die Waagschale zu werfen, um eine schnelle Entscheidung zu erzielen. Es verhält sich ebenso mit den großen Armeen des Kontinents. Frankreich weiß genau, daß es die Armee nicht für eine beträchtliche Zahl Jahre auf dem jetzigen Stand erhalten kann. Es hofft aber, den Stand so lange zu halten, bis der Feind geschlagen ist. Ebenso ist es mit den Finanzen. Wir können nicht ewig aushalten, müssen jedoch länger aushalten als der Feind. Die beste Finanzpolitik ist, eine große Armee aufzubringen, um den Krieg möglichst schnell zu beenden. Je eher der Krieg zu Ende ist, desto besser ist es für die Finanzen und für alles übrige.

Die neue französische Rentenleihe.

Paris, 17. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Agence Havas. Das Amtsblatt veröffentlicht das Gesetz über die Begebung einer 5prozentigen Rente, sowie die Erlasse und Verordnungen, die die Bedingungen der Begebung festlegen. Der Ausgabebetrag ist auf 88 Francs festgesetzt. Die öffentliche Zeichnung wird am 25. November beginnen. Der Zeichnungsschluß wird jedoch bekannt gegeben, wird jedoch nicht nach dem 15. Dezember sein. Die Zeichnungen sollen durch Landesverteidigungsschaffsämtern, Obligationen und 3/2prozentige Rententitel, sowie unter gewissen Bedingungen durch 3prozentige Rententitel und Sparkastensbesitz gedeckt werden. Die neuen Anleihetitel tragen vom 16. November an Zins.

Die Aushebung gegen Björnson.

Ueber die bereits erwähnte Rundgebung von Dänen wird gemeldet: Auf Einladung des Vereins für Volksaufklärung sollte Björnson gestern abend seinen Vortrag von den drei Fronten halten. Eingefunden hatten sich gegen 1800 Personen, veranstalteten 200 Personen einen Tumult, um Björnson am Sprechen zu hindern; sie piffen, sangen und trampelten mit den Füßen. Obgleich von anderer Seite gegen den Lärm protestiert wurde, befehlet die Stadtkommission die Überhand mit ihrem: Wieder mit Björnson! Als der ohrenbetäubende Lärm zwei Stunden angehalten hatte, wurde die Versammlung aufgehoben, ohne daß Björnson zu Worte gekommen wäre.

Die Rote Kreuz-Konferenz in Stockholm.

Stockholm, 18. Nov. (W.L.B. Nicht amtlich.) Die Eröffnung der Roten Kreuz-Konferenz in Stockholm ist wegen verpöchteter Briefe der beiden russischen Vertreter, des Senators Arbuzow und des Herrn Marfajow auf den 21. oder 22. November verschoben worden. Prinz Karl wird als Präsident des Schwedischen Roten Kreuz-Vereins die Verhandlungen eröffnen und der frühere Minister des Meuzens, von Lagerheim, sie leiten.

Lebensmittelversorgung.

Willkommene Ergänzung unserer Volksernährung.

Die Wirkung des deutschen Vorkrieges in Serbien macht sich bereits bemerkbar. Rumänien liefert uns auf dem frei gewordenen Donauwege noch Desterreich und Deutschland. Damit eröffnet sich für uns die Aussicht, die Volksernährung durch Brotgetreide reichlicher gestalten zu können als bisher, weniger häuslicherlich vorzuziehen zu müssen. Es sind die Bestände zweier Ernten, die in Rumänien lagern, teils nicht ausgeführt werden konnten wegen der Verhinderung der Darbaneln, teils aus politischen Gründen nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten und Erschwerungen ausgeführt wurden. Weizen, Gerste, Hafer sind die Produkte, die Rumänien uns liefern kann. Um welche exportreifen Bestände es sich handelt, läßt sich natürlich nicht genau angeben; man kann allerdings einigermaßen Schlüsse ziehen aus den Ernten. 1913 betrug die Weizenernte 2291 000 Tonnen, Gerste 602 000 Tonnen, Hafer 551 400 Tonnen. Kein summanisch gerechnet sind diese Bestände also zu verdoppeln. Unter Abrechnung des rumänischen Eigenverbrauchs, der zu haltenden Mezerien, und der bisherigen und zukünftigen Abgänge nach neutralen wie feindlichen Ländern ergibt sich, was für den Export nach den Mittelmächten verfügbar bleibt. Es handelt sich da jedenfalls um sehr bedeutende Quoten, vor allem bei Weizen; man denke, daß die rumänische Weizenernte normaler Weize weit über die Hälfte der deutschen Weizenernte beträgt.

Wenn auch über jedem Zweifel feststeht, daß die rumänische Zufuhr für uns keine Frage von Leben und Tod ist, so ist sie doch eine sehr willkommene Ergänzung unserer deutschen Bestände. Der deutsche Verbrauch kann sich freier gestalten, durch reichere Weizenmehlabgaben die Qualität des Brotgetreides verbessern. Nicht zu übersehen sind die mittelbaren Wirkungen der neuen Zufuhr: die bisher gebräuchlichen Ertragsprodukte für Weizen brauchen nicht so scharf herangezogen werden; somit ergibt sich für die Verwendung dieser Produkte eine größere Bewegungsfreiheit, die eventuell unserer Viehhaltung wiederum zu Gute kommen kann und wird; damit vermehrt sich die Aussicht auf reichere Milch- und Fleischversorgung. Der militärische Vorkrieg nach Sibosten hat also eine ganz angenehme Nebenwirkung für den Stand unserer Versorgung und für unseren Konsum. Er erschloß uns neue Produktionszentren und eröffnet uns, wenn erit regelmäßige Verbindungen nach türkisch-asiatischen Südoften geöffnet sind, Ausichten auf noch willigere Ernährungsmöglichkeiten. Neben der Versorgung durch rumänische Bestände wird auch Bulgarien manche wichtige Produkte liefern können. So sind nach neueren Pressemeldungen 2000 t Weizen zur Ausfuhr nach Deutschland freigegeben worden, während andere Produkte uns zugeführt werden im

Umfange als Bulgarien Ueberfluß an ihnen hat. Gegenüber dem deutschen Bedarf an Mais von rund 1 000 000 Tonnen bedeuten 20 000 Tonnen zwar wenig, sind aber immerhin als erwünschten Zuschuß zu betrachten.

Ist so Verminderung der Knappheit, vielleicht sogar ihre Behebung für einzelne Produkte, im besten Zuge, so bleibt die weitere für jeden Verbraucher wichtige Frage: wird die reichere Versorgung nun auch die Lauerung mäßigen? Die Produkte, für die Höchstpreise festgesetzt sind, lassen sich ohne weiteres mit stärkerem Angebot ermöglichen: bei ihnen ist die Ermäßigung lediglich eine Verwaltungsmäßregel, die natürlich ergriffen wird, sobald die Umstände es erlauben. Die Produkte, für die noch keine Höchstpreise bestehen, oder solche nicht eingeführt werden, werden in ihrem Preisstand reguliert durch die Markterzeugung im freien Verkehr. Hier besteht die Möglichkeit, daß der Zwischenhandel, beziehungsweise die Produzenten von dem vermehrten Angebot zunächst profitieren, ohne daß der Konsum in sinkenden Preisen Erleichterung verspürt; würde die Knappheit völlig gehoben und die Bestände sehr reichlich werden, so müßte natürlich der Marktpreis nachgeben. Ob freilich die Knappheit ganz gehoben werden kann, ist sehr die Frage, und darum läßt sich bei den Produkten, für die keine Höchstpreise festgelegt werden, auch nicht mit zwingender Sicherheit sagen, daß sie im Preise nachgeben werden. Möglich ist es immerhin. Bei der Tatsache, daß die wichtigsten Nahrungsmittel des Massenverbrauchs unter Höchstpreisen stehen, ist die begründete Aussicht vorhanden, daß die reichere Versorgung auch eine Verbilligung der Lebenshaltung bedeuten wird.

Schweinefleischpreise in Berlin.

Berlin, 17. Nov. Der Berliner Magistrat hat im Einvernehmen mit den Nachbarkräften Großfleisch folgende Höchstpreise für Schweinefleisch festgelegt: Für 1 Pfund Rippfleisch, auch Filet, Hamm, Schmal, Schinken mit Hinterbein, Bauch und Keule 1.40 M., beim Verkauf dieser Stücke hürten besondere Beilagen nicht gegeben werden. Der Höchstpreis für Schinken vom Vorderbein beträgt 90 Pfg., für Kopf ohne Fettschale 65 Pfg., für Epigebin 80 Pfg. Ferner sollen kosten das Pfund Schmalz 2.50 M., geräucherter fetter Speck 2.30 M., geräucherter magerer Speck (Wachspeck) 2.10 M., Rohschinken mit Knochen im Ganzen 2.30 M., Rohschinken im Ganzen 2.00 M., beide Schinkenarten im Aufschnitt 3 M., Schweinefleisch 2.30 M., Vorderbein ohne Knochen 2.30 M., Rohfleisch im Aufschnitt 2.20 M., gelochter Hinterbein 3 M. Die Verordnung für das frische Fleisch tritt am 20. November in Kraft und für die übrigen Fleischarten am 1. Dezember. Ob auch für Würstchen noch besondere Preise festgelegt werden, ist noch Gegenstand der Beratung.

Darmstadt, 16. Nov. Die Stadtverwaltung hat 265 Rentner dänischer Mutter beschafft, die an alle diejenigen Rentner gegen Vorlegung der Wotausweisungen zum Preise von 2.50 Mark das Pfund abgegeben wird. Auf den Kopf der nach der Wotausweisungen Personen kommt ein halbes Pfund Wurst. Die meisten Lebensmittelhändler erhalten Verkaufsstellen.

Chronik.

Aus Baden. Karlsruhe, 17. Nov. Unter dem Voritze von Pfarrer Lamb-Weinheim-Neudorf tagten heute im „Friedrichshof“ die Evangelischen Jugendbünde Badens. Eingeleitet wurde der gegenwärtige Stand und die zukünftige Aufgabe der Jugendarbeit besprochen. Besonders ausführlich wurde die Frage der militärischen Jugendzuehung erörtert. Man sprach sich einstimmig für die pflichtmäßige Jugendwehr aus vom 17. Lebensjahre ab. Daneben soll der freiwilligen Jugendpflege die geistig-sittliche Erziehung der schulentlassenen Jugend überlassen bleiben. Es wurde beschlossen, an die Regierung eine Eingabe zu richten, in der u. a. die Bitte ausgesprochen werden soll, daß der Sonntag bei den Übungen nach Möglichkeit frei bleiben soll.

Karlsruhe, 18. Nov. Nach der Reichserbschaftsteuerkataster ergeben sich für das Großherzogtum Baden die folgenden Zahlen:

Table with 4 columns: Erwerb von Todes wegen, Schenkungen unter Lebenden, zusammen, Gesamtanzahl der in Baden angemeldeten Hunde. Includes sub-table for tax statistics.

Karlsruhe, 18. Nov. Die Gesamtzahl der in Baden angemeldeten Hunde beträgt 67 091 gegenüber 78 481 im Jahre 1914. Es ist somit eine Abnahme von 11,7 Prozent festzustellen, während im Jahre 1914 eine Zunahme von 4,04 Prozent festgelegt wurde. Die Gesamtanzahl der Hunde betrug also 67 091 gegenüber 78 481 im Jahre 1914, wovon den Gemeinden die Hälfte zuzuteilt.

Seibelsberg, 17. November. Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuß die Bewilligung von 10 000 Mark. Dieser Betrag soll dann dem Bezirksausschuß des Roten Kreuzes zur Abwendung von Kriegerbesoldungen an die Gefeldberger Truppendeile überwiesen werden.

Seibelsberg, 17. November. Am 31. Dezember 1914 betrug die Zahl der Einleger bei der Stadtsparkasse 28 592. Die Gesamtguthaben dieser Einleger belief sich auf 32 807 013 Mark, das Gesamtvermögen der Kasse auf 35 477 507 Mark, die Schulden auf 33 484 871 Mark, der Reingewinn auf 1 992 636 Mark.

Mannheim, 17. November. Großer Aufruf zum Gedenken. Die Aufnahme eines Kapitales von 4000 Mark zur Anschaffung von Weihnachtsgeschenken.

Dinglingen, 17. November. Vor einigen Wochen in der Kirchgasse bei Wiberach eine weibliche

Leiche gefunden worden, deren Persönlichkeit zunächst nicht festgestellt werden konnte. Jetzt hat sich ergeben, daß es sich um die 49jährige Näherin Sophie Kuhn von hier handelt, die hier in einem Hause allein wohnte, aber oft längere Zeit in Freiburg weilte. Sie war schwermütig und wird wohl deshalb den Tod gesucht haben.

Wiederweiler, 17. November. In der Nacht auf Samstag sind dem Fabrikarbeiter Josef Erdel 1700 Mark, die im Wadofen verbleibt waren, gestohlen worden. Das Geld ist der Erlös aus seinem Viehverkauf.

Hallingen, 17. November. Der hiesige Kriegerverein erhielt von Professor Karl Kayser in Newport, der seine Jugendjahre hier verlebte, einen ansehnlichen Geldbetrag zur Verwendung für die in Feld bestehende heiligen Krieger.

Kandelburg bei Waldsbut, 17. November. Seit einiger Zeit besteht hier eine Angehörige des weiblichen Geschlechts den Dienst eines Viehhofens. Die Bevölkerung ist mit der Tätigkeit des weiblichen Volkes sehr zufrieden.

Aus Baden. Man schreibt uns aus Lehrkeisen: (Ein hervorragender Lehrkörper.) Die Ernennung von Professor Graf zum Kreisrat läßt mich an meine Seminarzeit erinnern. Ein Blick auf unser Lehrerbild vom Juli 1903 zeigt mir, welche vorzügliche Lehrkräfte das Lehrreferentiarium enthielt. Folgende Darstellung gibt darüber Aufschluß: Direktor E. Schmitt, jetzt Seminarleiter in Freiburg, Professor J. Senke, jetzt Seminarleiter in Karlsruhe, Professor G. Künzel, jetzt Regierungsrat in Karlsruhe, Professor G. Graf, jetzt Kreisrat in Bruchsal, Reallehrer A. Grimm, jetzt Stadtschulrat in Bruchsal, Reallehrer K. Künzel, jetzt Schulkommissar in Mannheim, Hauptlehrer M. Dorer, jetzt Schulkommissar in Freiburg, Unterlehrer M. Walter, jetzt Schulkommissar in Bruchsal. Auch die übrigen Lehrkräfte begleiten meist in landesweiter Ausbreitung hervorragende Stellen.

Selbst zum Weihnachtsgeschenk für unsere badischen Truppen.

Karlsruhe, 13. Nov. Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz richtet heute einen Aufruf an die Bevölkerung Wadens in Stadt und Land, auch in diesem Jahre wieder zu helfen, daß unseren badischen Truppen eine frohe, liebe Gabe und ein treuer Gruß aus der Heimat auf das kommende Weihnachtsgeschenk zugehen werden kann. Abweichend von dem im letzten Jahre eingehaltenen Verfahren, sollen dieses Mal nicht die Mittel gesammelt werden, vielmehr sollen mit künstlerischem Schmuck versehene Pappschachteln in alle Bezirke des Landes verandt, die dort dann durch die Bezirks- und Ortsausschüsse vom Roten Kreuz an alle Gemeinden, an die Wohlfahrtsvereine und alle, die sich beteiligen wollen, weitergegeben werden, damit möglichst viele in die Lage kommen, die Pakete mit einem Inhalt im Werte von mindestens 3 M. und höchstens 5 M. zu füllen, wie es einem jeden Gern und Gehalt ein gibt.

Vierpreishöhung.

Auf einer am 15. ds. Mts. in Mannheim veranstalteten Versammlung der Branerereien wurde beschlossen, die Preise für Bier in ganz Baden zu erhöhen. Die Erhöhung, über die noch keine bestimmten Beschlüsse gefaßt wurden, dürfte wohl 4 Mark für 100 Liter betragen. (Schw. M.)

Wohnungen an die Landwirte.

Die Badische Landwirtschaftskammer mahnt die Landwirte: Landwirte, bietet die überschüssigen Kartoffeln zum Verkauf an, da Mangel in den Städten besteht und andererseits eine Beschlagnahme nötig wird. Der Höchstpreis für Kartoffeln ist für Baden 3.05 M. für 50 Kilo an Station (im Wagen verladen), eine Erhöhung des Preises ist nicht zu erwarten. Die Landwirtschaftskammer vermittelt Heu, Stroh und Kartoffeln für die Seeresverwaltung und erudigt um Angebote.

Einheitspreise für Kartoffeln.

Von behördlicher Seite wurde an einigen Plätzen festgesetzt, daß verschiedene Kartoffelkulturen den festgesetzten Höchstpreis übersteigen und für einzelne Sorten, namentlich für Salatkartoffeln, einen viel höheren Preis verlangen. Gegen solche Händler, welche gegen die klaren Bestimmungen der Verordnung verstoßen, wird ein Strafverfahren eingeleitet. Der Höchstpreis gilt ausnahmslos für alle Kartoffelsorten. Höhere Preisforderungen sind unzulässig.

Lokales.

Karlsruhe, 18. November 1915.

Großes Hoftheater. Morgen Freitag, den 19. Nov., abends halb 8 Uhr, wird die neue Oper „Richard III.“ von Waltershausen in Gegenwart des Komponisten zum erstenmal wiederholt. Ende gegen 10 Uhr.

Dr. Paul Hochbach von Berlin, der bekannte Kolonialpolitiker, sprach gestern abend im Kaufmännischen Verein im Entschuldigungs über das Thema „Die Zukunft unseres Kolonialreiches“. Seine Ausführungen bewegten sich etwa in folgendem Gehalt: Die ursprünglichen Gründe unserer vor drei Jahrzehnten begonnenen Kolonialpolitik: Unterbrechung unserer Auswanderung und Gewinnung einer Produktionsquelle von Kolonialwaren sind heute überholt. Die Auswanderung ist ganz erheblich zurückgegangen und der Bezug von Kolonialwaren tritt an Wichtigkeit zurück gegen den gewaltigen Bedarf der Industrie an Rohstoffen. Ausland und England sind ausbeutungsfähiger als Deutschland und Oesterreich-Ungarn; wir sind eher begünstigt, während jene sich in die Weite strecken. England hat durch Hilfe seiner Kolonien, die ihm treu geblieben sind, den Krieg vorzuführen können. Andere Völker haben bei der Verteilung der Welt sich an den Eingangsportalen zu den leeren, aufnahmefähigen Ländern festgesetzt. Wir sind dabei zu spät gekommen, und es kann nicht mehr rückwärts revidiert werden. Wir müssen an andere Wege denken. Einen solchen zeigt unser Bündnis mit der Türkei, die noch außerordentlich entwicklungsfähig ist und aus der Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine ungeklärte Zufuhr von den mannigfaltigsten Rohstoffen haben werden. Der Bund mit der Türkei ist für die Beteiligten ein politisch, wirtschaftlich und militärisch tragfähiges Gebilde gegenüber der Konkurrenz. Wir dürfen also für die Zukunft nicht verzagen. Von unserem außerordentlichen Kolonialreich kommt hauptsächlich Afrika in Betracht. Wer hier erfolgreich kolonisieren will, der muß vor allem die für Menschen und Nutztiere verheerenden Tropenkrankheiten bekämpfen: die Schlafkrankheit und die Tsetsefliegen. Bisher ist es dem wissenschaftlichen Deutschland beschieden, dieses Uebel in Afrika auszurotten. Der fast 12stündige fesselnde Vortrag, der bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und mit Rücksicht auf die durch den Krieg gebotene Beschränkung natürlich keine erschöpfende Behandlung des Themas, sondern lediglich Orientierungen und Ausblicke geben wollte, wurde von der sehr zahlreichen Zuhörerschaft mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet.

Der Inspektion des Kraftfahrzeugwesens wird oft mitgeteilt, daß Kraftwagenbesitzer, welche der am 16. Mai 1915 erlassenen Beschlagnahmeverordnung unterliegt, ihr noch nicht angekauft worden ist. Ferner sind der Inspektion des Kraftfahrzeugwesens die Meldungen über vorhandene Gummibereifung vielfach ohne Unterschrift und ohne mangelhafte Ortsangabe sowie in ganz untelegraphischer Schrift eingereicht worden, so daß die Verarbeitung der Meldungen ausgeschlossen ist. Soweit die Meldungen vorläufig sind und in lesbare Schrift eingereicht wurden, sind die Besitzer bereits angefordert, die Bereifung an die Kraftwagenbesitzer einzuliefern. Es haben bisher alle Behörden, Fabriken, Firmen, Personen usw., die noch der Beschlagnahme unterliegende Bereifung besitzen oder auch nur in Verwendung haben und zur Ablieferung noch nicht angefordert wurden, diese unter Angabe von Zahl, Art und Dimension sofort der Inspektion des Kraftfahrzeugwesens, in Berlin-Schöneberg anzeigen u. a. ernten zu zeigen. Die Meldung muß Wohnort, Straße, Nummer, Kreis und Unterschrift in deutlicher Schrift enthalten. Die Unterlassung der sofortigen nachträglichen Anmeldung aller noch vorhandenen und noch nicht abgeforderten, sowie der sofortigen Anmeldung aller noch etwa in Zugang kommenden Fahrzeuge wird unmissverständlich gerügt und kann mit Geldstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Haftstrafe bis zu 10 000 Mark geahndet und die verhängenen Strafen als dem Staate verfallen erklärt werden. Der Beschlagnahme unterliegen nach den Bestimmungen vom 16. 5. 15 — B I 622/4, 15 R. M. — ganz gleich, ob bereits vorhanden oder nachträglich hinzugekommen, oder ob neu oder gebraucht: 1. sämtliche Fahrzeuge auf Balken, Decken und Schläuchen, 2. die Bereifung an Kraftfahrzeugen, welche nicht erntet zugelassen sind.

Bereifung an Kraftfahrzeugen.

Manchester, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Der Manchester Guardian sagt in einem Leitartikel: Churchill ist der erste gewesen, der gesehen hat, daß der Mittelpunkt der Schwerekraft des Krieges sich von Westen nach Osten verschob. Wir sind sicher, daß seit Juni jeder für die Verteidigung unentbehrliche Soldat in die Westfront eingeteilt worden ist. Das ist eine Veränderung gewesen. Er hätte, wie Churchill wollte, im Osten verwendet werden sollen. Sollte Churchill seinen Willen durchgesetzt, dann befänden wir uns nicht in unseren gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Letzte Nachrichten

Berlin, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde ein Antrag auf den Bestimmungen über die Verwendung der Reichsmittel für Kriegsvollzugspläne die Zustimmung erteilt.

London, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Das deutsche Büro meldet amtlich: Das Hospitalsschiff „Anglia“ lief heute im Britischen Kanal auf eine Mine und sank. Es hatte 385 Mann an Bord. Ungefähr 300 wurden durch ein Bootsaltenboot gerettet. Ein anderes Schiff, das helfen wollte, stieß gleichfalls auf eine Mine und sank auch. Ein späteres Telegramm besagt: Als die „Anglia“ auf eine Mine lief, setzte das Kohleneschiff „Lusitania“, das sich in der Nähe befand, sofort zwei Boote aus. Während die Leute nach der „Anglia“ ruderten, saßen sie, wie ihr eigenes Schiff in die Luft flog. Sie waren jedoch in die Hand der Besatzung zu retten. Vorbeifahrende retteten zahlreiche Überlebende der „Anglia“. Die „Lusitania“ hatte 1834 Brutto-Tonnen. Der britische Dampfer „Treneglow“ (3888 Brutto-Tonnen) ist vermisst worden.

Wien, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Gestern früh erging ein feindliches österreichisch-ungarisches Flugzeug über der Stadt und warf 5 Bomben ab. Eine explodierte. Drei Personen wurden leicht verletzt. Sachschaden wurde nicht angedeutet.

Washington, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Dem Kongreß wird in der nächsten Session eine Revision der Neutralitätsgesetze vorgelegt werden, durch die dem Justizdepartement ein wirksameres Vorgehen gegen die Anschläge in den Vereinigten Staaten, die mit dem Krieg zusammenhängen, ermöglicht werden soll.

London, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Die Times melden: Der italienische Dampfer „Ancona“ führte 4 Millionen Lire in Gold an Bord, die für San Francisco bestimmt waren.

Gegen Asquith und Grey. London, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Eine große Protestversammlung sollte in der Albert Hall am Donnerstag stattfinden. Frau Bankhurst sollte präsidieren. Unter den Rednern sollten sich Lord Willoughby de Broke, der liberale Abgeordnete Byron und der Anhänger des Frauenstimmrechts Kenney befinden. Die Anzeige sagte: Der Verrat an Serbien ist ein endgültiger Beweis, daß die Ehre und die Interessen Englands in den Händen der Regierung nicht sicher und namentlich Asquith und Grey für verantwortungsvolle Posten nicht geeignet sind. Die Veranstaltung wurde abgefragt. Im Unterhaus sagte Sir John Simon, die Regierung verbiete die Versammlung nicht, aber die Eigentümer der Albert Hall würden sie wohl verhindern.

Dom 15. bis einschließlich den 25. dieses Monats sind sämtliche Briefträger verpflichtet, Annahmungen auf Zeitungs-Bestellungen entgegenzunehmen und über die Abonnementsbeträge zu quittieren. Wer daher in der Zustellung unseres Blattes keine Unterbrechung erleiden will, der benutze diese Gelegenheit und erneuere auf diesem Wege das Abonnement auf unsere Zeitung.

Die englische Kohlenausfuhr geht zurück.

London, 18. Nov. (W.L.B. Nicht amtlich.) Das Einigungsamt des Kohlenreviers Südwales beschloß eine 5prozentige Herabsetzung der Arbeitslöhne. Der Rückgang des Außenhandels verursachte, daß anfangs der Woche ein Duzend Gruben still standen und 10 000 Arbeiter fterien. Arbeiter und Arbeitgeber beurteilen gleichmäßig die Beschränkung der Kohlenausfuhr durch die Regierung. Amerikanische Kohle eroberte die britischen Absatzmärkte.

Zum Lobe Churchills.

Manchester, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Der Manchester Guardian sagt in einem Leitartikel: Churchill ist der erste gewesen, der gesehen hat, daß der Mittelpunkt der Schwerekraft des Krieges sich von Westen nach Osten verschob. Wir sind sicher, daß seit Juni jeder für die Verteidigung unentbehrliche Soldat in die Westfront eingeteilt worden ist. Das ist eine Veränderung gewesen. Er hätte, wie Churchill wollte, im Osten verwendet werden sollen. Sollte Churchill seinen Willen durchgesetzt, dann befänden wir uns nicht in unseren gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Bagdad gesichert.

Konstantinopel, 17. November. (Ziff. Ziff.) Die letzten gut verbürgten Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Mesopotamien lauten entschieden hoffnungsvoller. Die Gefahr eines weiteren Vordringens der englischen Armee in der Richtung gegen Bagdad kann als beseitigt betrachtet werden. Der englische Vormarsch wurde südlich von Kut (in der Entfernung etwa 170 Kilometer südlich von Bagdad) zum Stillstand gebracht. Die Lage Bagdads gilt als vollkommen gesichert.

Ein dummer Vorwand der Entente.

Berlin, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Aus der Schweiz wird berichtet, daß die Entente den schweizerischen Spinnereien die Zufuhr von Baumwolle sperriert mit der Begründung, die Baumwolle gehe nach Deutschland weiter, wo sie zur Sprengstoffherstellung benutzt würde. Frankreich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn die schweizerische Zufuhr wegfiel, Deutschland in aller Kürze wegen Mangels an Baumwolle zur Sprengstofffabrikation den Krieg einstellen müßte. (1)

Demgegenüber ist festzustellen, daß wir allein an jetzt in Deutschland vorhandener Baumwolle für diese Zwecke auf Jahre hinaus genug haben, daß wir ferner über den neuen Donauweg Baumwolle aus der Türkei erhalten werden und daß selbst, wenn kein Kilogramm Baumwolle mehr in Deutschland sei, wir doch immer noch für unabsehbare Zeit Zellstoff genug hätten. Der Gedanke, wir müßten wegen Mangels an Baumwolle zur Sprengstofffabrikation den Krieg einstellen, ist absurd, daß er als ein bewußt unrichtiger Vorwand aufgeföhrt werden kann, die Schweiz dazu zu zwingen, ihre Grenzen überhaupt gegen uns zu sperren.

Gemeinsame Kriegskonferenzen der Alliierten.

Paris, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Die englischen Minister Asquith, Gren, Lloyd George und Palfour hatten im Laufe des gestrigen Vormittags eine Besprechung mit den französischen Ministern Briand, General Gallieni, Admiral Bugey und dem Generalissimo Joffre. Dieser erste gemeinsame Ministerrat wird dazu dienen, erweiterte Zusammenkünfte vorzubereiten, bei denen Rußland und Italien vertreten sein werden. So beginnt die Einheit in der Leitung und der Aktion sich zu verwirklichen, die Briand und Asquith der Politik der Alliierten geben zu wollen erklärt hatten, um die militärischen Operationen schneller durchzuführen. Die Unterbrechung dauerte bis 1 Uhr nachmittags. Nachmittags besuchten die Minister den Präsidenten Poincaré in Elysee, wo sie die Abendmahlzeit einnahmen. Wenden reisten die englischen Minister wieder nach England ab.

Vom Balkan.

Frankreichs Nachb. Marseille, 18. November. (W.L.B. Nicht amtlich.) Auf höheren Befehl nimmt der Hafen von Marseille keine Güterfrachten für Griechenland mehr an.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Table with 6 columns: Date, Barometer, Thermometer, Relative humidity, Wind, Remarks. Includes data for Nov 17-19 and forecasts for Nov 19-21.

Voraussetzliche Witterung am 19. November: Unbeständig, teilweise etwas Niederschlag. Kalt. Wasserstand des Rheins am 18. November früh: Schupferinsel 148, gefallen 7. Reßl 248, gefallen 12. Rogau 391, gefallen 14. Mannheim 317, gefallen 13.

Soziales.

Arbeitslosenfürsorge in der Textilindustrie.

Infolge der längeren Dauer des Krieges ist es für das deutsche Textilgewerbe nicht möglich, den Betrieb im früheren Umfange aufrecht zu erhalten.

- 1. Die Gemeinde möge für die arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen für Arbeitsgelegenheit sorgen
a) durch Einstellung in kommunale Betriebe sowie durch Ausfüllung leerer Posten...

zu ermöglichen sein, den arbeitslosen Textilarbeitern und Arbeiterinnen eine anderweitige Existenz zu verschaffen.

Verschiedene Nachrichten.

Die Familie Metternich, aus der der neue deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Paul von Wolff-Metternich, stammt, gehört zu den ältesten Adelsgeschlechtern der deutschen Rheinprovinz.

Köln, 18. Nov. Am vergangenen Samstag fand unter Führung des Vorstehers der historisch-antiquarischen Gesellschaft Dr. Schellin eine Besichtigung der neuesten Ausgrabungen an dem wohlbestimmten Römer-Rastplatz statt.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Geb. aufgebote. 15. Nov.: Otto Bauer von hier, Gerber hier, mit Emma Wammath von hier. — 16. Nov.: Johannes Güler von Mannheim, Schlossermeister in Mannheim, mit Anna Leonhard von Mannheim.

Auswärtige Gestorbene.

Offenburg: Gustav Armbruster, Kaufmann, 66 Jahre alt. — Freiburg: Hl. Rosa Wölble, 62 Jahre alt. — Röhrenbach: Gebhard Maier, 68 1/2 Jahre alt.

Handelsteil

Stand der Badischen Bank am 15. November 1915.

Table with columns: Aktiva: Mt., Passiva: Mt., including items like Metallbestand, Grundkapital, and Verbindlichkeiten.

Wertpapiere.

Berlin, 18. Nov. (B.Z.B. Nicht amtlich.) Börse: Kursstimmungsbericht. Nachdem nunmehr die Bestimmungen über die endgültige Erledigung der Ende November-Liquidationen bekannt gegeben sind, hofft man, daß dank der getroffenen Maßnahmen die Liquidation glatt vorübergehen werde.

Tabak.

aus Baden, 16. November. Während der jüngsten Zeit hat eine Reihe namhafter Verkäufer von Haupttabaken seinen Betrieb eingestellt, bei welchen samt und sonders sehr hohe Preise erzielt worden sind.

Viehpreis- und Schlachtberichte.

Antilcher Marktbericht von Wagerwieshof in Friedrischfeld. (Schweine- und Ferkelmarkt.) Am Mittwoch, den 16. Nov. 1915. Auftrieb: 1830 Ferkel.

Groß. Hoftheater Karlsruhe.

Freitag, 19. Nov. C. 19. „Der Fremde“, Schmelzer in 1 Akt von Felix Mendel. — „Gans Sonnenhörs Götterfahrt“, helles Trauerspiel von Paul Igel.

Mit jedem Tage kann der Postbezug des „Badischen Beobachters“ begonnen werden.

Advertisement for Curt Hüber, a teacher and reservist, announcing his death and funeral arrangements.

Advertisement for Dr. Oetker's Fabrikate, highlighting their quality and availability during the war.

Advertisement for a concert at the Museums-Saal Karlsruhe, featuring Franz Dannehl's works.

Advertisement for Odeon-Haus, a music store in Karlsruhe.

Advertisement for Pelze, a fur store in Karlsruhe.

Advertisement for Odeon-Haus, featuring a gramophone and records.

Advertisement for Milch-Rutcher, a dairy product.

Advertisement for the Kriegs-Jahrbuch, a military yearbook.

Advertisement for the Schlesische Volkszeitung, a newspaper from Silesia.

Advertisement for Fritz Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr., a music shop.

Large advertisement for Fishel Schokolade, a chocolate brand, with contact information for Karlsruhe.